

Antwort
der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Hans Berger, Dr. Eberhard Brecht, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 13/5875 –

Ausländische Direktinvestitionen in den neuen Bundesländern

Die bisherigen Erfolge der Bundesregierung bei der Ansiedlung von ausländischen Investoren in den neuen Ländern sind – trotz großer Förderpräferenzen in den vergangenen Jahren – eher bescheiden. Dabei kommt den ausländischen Direktinvestitionen nicht nur wegen der Schaffung von Arbeitsplätzen, sondern auch wegen des Know-how-Transfers ausländischer Unternehmen für die so dringend gebotene Verbreiterung der Exportbasis Ostdeutschlands eine besondere Bedeutung zu. Die bisherige Politik und Praxis der Bundesregierung zur Ansiedlung von ausländischen Investoren in den neuen Ländern sind nicht nur unzureichend, sondern haben im Ausland auch zu Irritationen und Unverständnis geführt.

Vorbemerkungen

Unbestritten kommt ausländischen Direktinvestitionen beim wirtschaftlichen Aufbau in den neuen Bundesländern eine besondere Bedeutung zu. Ausländische Investoren bringen nicht nur Kapital, sondern auch technisches Know-how, Managementwissen und dringend benötigte Kenntnisse über Absatzmärkte mit. Sie schaffen Arbeitsplätze und fördern den Wettbewerb.

Die Bundesregierung hat bereits sehr frühzeitig zur aktiven Werbung von ausländischen Investoren für die neuen Bundesländer umfangreiche Maßnahmen ergriffen, die im wesentlichen darauf abstellen,

- im Ausland über die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen für Investitionen in den neuen Bundesländern zu informieren,

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 14. November 1996 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

- Vorteile des Standortes Neue Bundesländer für ausländische Investitionen nachhaltig aufzuzeigen,
- ausländischen Interessenten Kontakte zu den zuständigen Behörden und Institutionen auf Bundes- und Landesebene zu vermitteln.

Wo immer sich bei Gesprächen mit Vertretern ausländischer Regierungen und Unternehmen die Gelegenheit bietet, wirbt die Bundesregierung auch für ausländische Investitionen in den neuen Ländern.

Mit der Gründung des „Zentrums für die Betreuung von Auslandsinvestoren“ (ZfA) im Dienstbereich Berlin des Bundesministeriums für Wirtschaft und der Einrichtung von Auslandsbüros sowie der Ernennung besonderer Auslandsdelegierter seitens der Treuhandanstalt (THA) standen seit 1991 ausländischen Interessenten Anlaufstellen für Informationen und Beratungen zu Investitionen in den neuen Bundesländern zur Verfügung.

Schwerpunkte der Tätigkeit des ZfA sind:

- Individuelle und einzelfallbezogene Betreuung und Beratung potentieller ausländischer Investoren sowie Vermittlung von weiterführenden Kontakten,
- Durchführung von Investorenkonferenzen und -seminaren und anderen Veranstaltungen (z. B. Beteiligungen an Messen) im In- und Ausland unter Mitwirkung der Wirtschaftsfördergesellschaften der neuen Bundesländer,
- Organisation und Durchführung von Informationsveranstaltungen bzw. -reisen für interessierte Unternehmer, Journalisten und Multiplikatoren aus dem Ausland,
- Bereitstellung entsprechenden Informationsmaterials.

Dabei hat die Investorenwerbung durch die Bundesregierung in erster Linie Türöffnerfunktion, während die Länder konkrete Ansiedlungen als ihre eigentliche Aufgabe verstehen.

Eine unmittelbare Bewertung der Erfolge der Bundesregierung bei der Werbung um ausländische Investoren ist nur begrenzt möglich. Eine Kausalität zwischen der Entscheidung eines ausländischen Unternehmers, in den neuen Bundesländern zu investieren, und den Werbeaktivitäten der Bundesregierung ist zumeist nicht belegbar. Zudem sind die Investitionen vorangehender Entscheidungsprozesse in der Regel langwierig, so daß der Erfolg von Werbeaktivitäten häufig erst nach Jahren sichtbar wird.

Zur folgenden Beantwortung der einzelnen Fragen ist anzumerken, daß generell für deutsche und ausländische Unternehmen keine unterschiedlichen Melde- und Informationspflichten für die Errichtung eines Unternehmens bestehen, so daß die offiziellen Statistiken auf einige der in der Kleinen Anfrage enthaltenen Fragen keine Antwort geben können.

1. Wie viele ausländische Investoren bzw. ausländische Tochterunternehmen in Westdeutschland aus welchen Branchen siedelten sich in dem Zeitraum 1990 bis heute in welchen neuen Bundesländern an?

Nach der bis Ende 1994 vorliegenden Bestandsstatistik der Deutschen Bundesbank gibt es in den fünf neuen Bundesländern insgesamt 529 Unternehmen mit unmittelbarer und mittelbarer ausländischer Kapitalbeteiligung. Diese verteilen sich auf die neuen Bundesländer wie folgt:

Brandenburg 119, Mecklenburg-Vorpommern 80, Sachsen 183, Sachsen-Anhalt 77, Thüringen 70. Dabei sind Anlageunternehmen ab einer Bilanzsumme von 1 Mio. DM erfaßt. Statistisch nicht erfaßt ist die Branchenherkunft der kapitalgebenden Unternehmen. Berlin-Ost wird in der Bestandsstatistik nicht separat ausgewiesen.

Nach einer im „Zentrum für die Betreuung von Auslandsinvestoren“ des Bundesministeriums für Wirtschaft vorgenommenen Auswertung von Pressemeldungen und anderen Quellen (z. B. Botschaftsberichte) gibt es in den neuen Ländern (einschließlich Berlin-Ost) derzeit insgesamt rd. 1 700 investive Engagements von Ausländern. Dabei sind auch kleinere Engagements berücksichtigt.

2. Woher stammen diese Investoren, wie hoch war das Investitionsvolumen in diesem Zeitraum?

Von den 529 Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung gemäß der Bestandsstatistik der Deutschen Bundesbank sind 240 den Mitgliedsländern der EG (Stand 1994) zuzuordnen, der Schweiz 88, Österreich 87 und den USA 47. Angaben zu weiteren Ländern enthält Anlage 1.

Nach der Bestandsstatistik der Deutschen Bundesbank betrug der zusammengefaßte unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionsbestand in den neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost, einschließlich reinvestierter Gewinne und sonstiger Zuschreibungen) Ende 1994 rd. 6,8 Mrd. DM. Der unmittelbare ausländische Direktinvestitionsbestand betrug 4,6 Mrd. DM.

Als mittelbare Direktinvestitionen werden ausländische Kapitalbeteiligungen über Holding-Gesellschaften in Ost- und Westdeutschland bezeichnet, die im Mehrheitsbesitz von Ausländern sind. Investitionen in Ostdeutschland, die über Produktionsgesellschaften in Westdeutschland im ausländischen Mehrheitsbesitz getätigt werden (z. B. Opel AG), sind nicht im Direktinvestitionsbestand erfaßt. Da zudem auch Investitionen, die durch im Inland aufgenommene Kredite finanziert werden, nicht berücksichtigt werden, unterzeichnet die Bestandsstatistik insoweit den tatsächlichen Beitrag ausländischer Investoren zum wirtschaftlichen Aufbau der neuen Länder.

Nähere Angaben zu Herkunftsländern und Zielbranchen der ausländischen Direktinvestitionen in den neuen Ländern enthalten die Anlagen 2 und 3.

Nach der Transferstatistik haben ausländische Investoren von 1990 bis 30. Juni 1996 in die neuen Länder einschließlich Berlin-Ost rd. 1,5 Mrd. DM transferiert. Die Transferstatistik erfaßt grenzüberschreitende Nettotransferleistungen für unmittelbare Direktinvestitionen ab 100 TDM im Einzelfall und soweit die Beteiligung mehr

als 20 % beträgt. Von Auslandstöchtern in Westdeutschland getätigte Investitionen in den neuen Ländern sind hier nicht erfaßt.

3. Wie hoch war in den Jahren 1990 bis heute der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen – aufgeteilt nach Branchen und Bundesländern – an den Investitionen in den neuen Ländern insgesamt?

Ein Ausweis des Anteils ausländischer Direktinvestitionen an den Investitionen in den neuen Ländern insgesamt macht keinen Sinn, da unterschiedliche Investitionsbegriffe zugrundeliegen. Während es sich bei den Direktinvestitionen um Finanzbeziehungen handelt, erfassen die Investitionen gemäß der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung reale Vorgänge.

4. Mit welchen Subventionen und Finanzhilfen und in welcher Höhe wurden diese ausländischen Direktinvestitionen begleitet?

Subventionen bzw. Finanzhilfen stehen deutschen wie ausländischen Investoren in den neuen Ländern gleichermaßen zur Verfügung. Die Bundesregierung hat jedoch keine Informationen darüber, in welchem Umfang Subventionen/Finanzhilfen zur Förderung ausländischer Direktinvestitionen verwendet wurden.

5. In welche Volumina und auf welche Branchen in welchen Bundesländern verteilen sich die ausländischen Direktinvestitionen in Neugründungen bzw. Unternehmensbeteiligungen und Unternehmensübernahmen aufgrund der Privatisierungen der Treuhandanstalt?

Die Investitionszusagen ausländischer Investoren aus den Privatisierungsverträgen der Treuhandanstalt und ihrer Gesellschaften verteilen sich auf folgende Branchen (Abschlußstatistik der Treuhandanstalt per 31. Dezember 1994):

Branchen	Investitionszusagen (Mio. DM)
Energiewirtschaft, Wasserversorgung, Bergbau	3 313
Chemie, Mineralölverarbeitung, Kunststoff und Gummiindustrie	6 958
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	2 342
Stahl, Metall, Maschinen- und Fahrzeugbau	4 899
Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM	733
Nahrungs- und Genußmittel	868
Textil, Leder, Holz, Papier	764
Baugewerbe	672
Handel, Verkehr, Dienstleistungen	2 639
Kommunale u. sonstige Gewerbeparks, Land- und Forstwirtschaft	2 469
Sonstige Branchen	114

Insgesamt konnte die Treuhandanstalt mit ausländischen Investoren Investitionszusagen in einem Volumen von rd. 25,8 Mrd. DM vertraglich vereinbaren, die sich auf die einzelnen Bundesländer wie folgt verteilen (Angaben in Mio. DM):

Berlin	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Thüringen	Summe
2 600	6 300	1 500	3 900	9 200	2 300	25 800

Ob darüber hinaus „aufgrund der Privatisierungen der Treuhandanstalt“ auch ohne konkrete vertragliche Zusagen ausländische Investitionen in den neuen Bundesländern realisiert worden sind, ist nicht bekannt.

6. Wie hoch sind dabei die direkten und indirekten Hilfen der Treuhandanstalt bzw. der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, z. B. durch die Übernahme der Altkredite der privatisierten Unternehmen, die Freistellung von Umweltrisiken u. ä. m., zu veranschlagen?

Die direkten und indirekten finanziellen Hilfen der Treuhandanstalt zur Herstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen können wegen der jeweils sehr unterschiedlichen, z. T. schwer oder nicht quantifizierbaren wirtschaftlichen Sachverhalte nicht zusammengefaßt dargestellt werden.

Ausweislich der Abschlußstatistik der Treuhandanstalt zum 31. Dezember 1994 ist für die Treuhandanstalt und ihre Nachfolgeeinrichtungen von folgendem Aufwand auszugehen:

– Übernahme der Altkredite	99 Mrd. DM
– Ökologische Altlasten	43 Mrd. DM
– Unternehmerisch-finanzielle Sanierung einschließlich Abwicklung	153 Mrd. DM
	<u>295 Mrd. DM</u>

Der davon auf Privatisierungen an ausländische Erwerber entfallende Anteil wurde nicht gesondert ermittelt. Eine nachträgliche Ermittlung durch die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) würde einen erheblichen personellen Aufwand erfordern und überdies geraume Zeit in Anspruch nehmen.

7. Welche Erlöse wurden bei den Privatisierungsverkäufen an ausländische Investoren erzielt, welche Investitionszusagen und welche Beschäftigungszusagen wurden mit der Treuhandanstalt vereinbart?

In den Privatisierungsverträgen mit ausländischen Investoren wurden insgesamt

Erlöse	in Höhe von	6 780 Mio. DM,
Investitionszusagen	in Höhe von	25 771 Mio. DM,
Arbeitsplatzzusagen	für	154 943 Beschäftigte

vereinbart (Abschlußstatistik der Treuhandanstalt per 31. Dezember 1994).

Anmerkung: Nicht enthalten sind in diesen Zahlen Verkäufe der Treuhandanstalt an deutsche Tochterunternehmen ausländischer Investoren. Diese Verkäufe wurden als „Privatisierungen an deutsche Erwerber“ erfaßt. Die Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin (BMGB), die die nach Ende der Treuhandtätigkeit noch zu privatisierenden 49 Unternehmen übernommen hatte, konnte inzwischen sechs Unternehmen an ausländische Investoren veräußern (Investitionszusagen 518 Mio. DM, Arbeitsplatzzusagen 2 300).

8. Wie und wann wurden diese Vereinbarungen eingehalten?

Die Einhaltung der aus den Privatisierungsverträgen resultierenden Verpflichtungen wird durch das Vertragsmanagement der Treuhandanstalt-Nachfolgeinstitutionen entsprechend der jeweiligen Zuständigkeit geprüft; zusammengefaßte Zahlen liegen der BvS nicht vor. Allgemein ist jedoch festzustellen, daß die Investitionszusagen deutlich übererfüllt worden sind. Die zugesagten Arbeitsplätze sind hingegen nicht in vollem Umfang auf Dauer entstanden, weil – soweit bekannt – rd. 20 ehemalige Treuhandbetriebe ausländischer Investoren wieder aus dem Markt ausgeschieden sind.

9. Wie beurteilt die Bundesregierung ihre bisherigen Erfolge bei der Ansiedlung ausländischer Investoren?

Welche Instrumente und welche Finanzmittel hat die Bundesregierung bislang eingesetzt, um ihre Politik der Ansiedlung ausländischer Investoren in den neuen Ländern durchzusetzen?

Ausländische Investoren haben wesentlichen Anteil an den bisherigen Erfolgen beim wirtschaftlichen Aufbau der neuen Länder. Einige der größten Investitionen dort sind aufgrund der vielfältigen Bemühungen von Bundesregierung und Treuhandanstalt von ausländischen Unternehmen getätigt worden.

Nach wie vor finden Informationsveranstaltungen und insbesondere Investorenkonferenzen und -seminare des Bundesministeriums für Wirtschaft (BMWi) und anderer Institutionen für die neuen Länder beachtlichen Zuspruch bei Ausländern.

Da gleichzeitig ein weiterer großer Bedarf an zusätzlichen Investitionen und Arbeitsplätzen in den neuen Ländern besteht, wird die Bundesregierung ihre Werbemaßnahmen für ausländische Investitionen fortsetzen. Als operative Einheit für die Promotion des Standortes neue Länder dient dabei seit 1991 die im BMWi eingerichtete Arbeitsgruppe „Zentrum für die Betreuung von Auslandsinvestoren“ (ZfA; siehe dazu einleitende Bemerkungen). An Haushaltsmitteln standen bzw. stehen für die „Information ausländischer Unternehmen und Organisationen über Investitionsmöglichkeiten in den neuen Bundesländern“ (Kapitel 09 01, Titel 531 03) zur Verfügung:

1991	2,8 Mio. DM
1992	4,75 Mio. DM
1993	4,5 Mio. DM
1994	3,0 Mio. DM
1995	2,0 Mio. DM
1996	1,0 Mio. DM
Ansatz 1997	1,0 Mio. DM

10. Wie viele und welche ausländischen Kapitalbeteiligungsfonds haben sich mit welchen Volumina in welchen Branchen mit welchem Erfolg engagiert?

Die Tätigkeit von ausländischen Kapitalbeteiligungsfonds unterliegt keinen bestimmten Melde- und Informationspflichten. Deshalb sind die Gesamtzahl und alle Namen der ausländischen Kapitalbeteiligungsfonds sowie deren gesamtes finanzielles Engagement in einzelnen Branchen der neuen Bundesländer nicht bekannt. Bezüglich des Erfolges der ausländischen Fonds ist auf einen Einzelfall hinzuweisen, der mit großem Presse-Echo über Erwartungen bezüglich seiner Ostbeteiligungen berichtet hat, die nicht voll eingetreten waren. Das ist aber nicht der Regelfall. Es gibt auch Erfahrungen mit anderen ausländischen Fonds, die keine derartigen Beanstandungen vorgebracht haben.

11. Was waren und sind die größten Hindernisse bei der Ansiedlung ausländischer Investoren?

Ausländische Investoren sehen sich mit denselben Hindernissen konfrontiert wie deutsche Investoren. In Gesprächen klagten Auslandsinvestoren insbesondere über die Bürokratie.

12. Wie ist die Bundesregierung diesen Hindernissen durch öffentliche Hilfen – finanzieller und nichtfinanzieller Art – begegnet, welche Maßnahmen hat sie in den vergangenen Jahren getroffen, um diese Hindernisse zu beseitigen?

Die von ausländischen Investoren beklagten bürokratischen Hemmnisse liegen zum großen Teil auf der Ebene der Länder und

Gemeinden. Aber auch die Bundesregierung sieht sich in der Pflicht. Das Gesetzespaket zur Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren, im Juni diesen Jahres vom Deutschen Bundestag verabschiedet, ist ein wichtiger Meilenstein für schnellere und unbürokratische Umsetzung von Investitionsvorhaben in ganz Deutschland. Seit Juni werden zudem bei allen neuen Gesetz- und Verordnungsentwürfen die wirtschaftlichen Auswirkungen insbesondere auf kleine und mittlere Unternehmen eingehend geprüft.

13. Warum beabsichtigt die Bundesregierung, erst sechs Jahre nach der Wiedervereinigung eine Bund-Länder-Gesellschaft mbH zur gemeinsamen ausländischen Investorenwerbung zu gründen, und warum verzögert sich die Gründung dieser Gesellschaft?

Die bisherigen Erfolge bei der Ansiedlung von Investoren in den neuen Bundesländern reichen noch nicht aus, um eine dauerhaft selbsttragende Wirtschaftsentwicklung zu gewährleisten. Der Anteil der Industriearbeitsplätze in den neuen Bundesländern ist immer noch deutlich niedriger als in Westdeutschland. Nachdem die Treuhandanstalt ihre Arbeit beendet hat, ist die Investorenwerbung andererseits schwieriger geworden. Bund und neue Länder haben sich daher darauf verständigt, eine gemeinsame Gesellschaft (GmbH) zur Investorenwerbung ins Leben zu rufen. Die neue Gesellschaft soll die bisher schon bestehenden Aktivitäten des Bundes und der Länder durch gezielte Ansprache von Großinvestoren intensivieren und ergänzen. Verzögert hat sich die Gründung der Gesellschaft insbesondere durch langwierige Verfahren zur Abstimmung der Satzung zwischen den Gesellschaftern sowie in jüngster Zeit durch die Befassung des Landtages Mecklenburg-Vorpommern mit der geplanten Gesellschaft.

14. Sind der Bundesregierung Klagen ausländischer Investoren über die „mangelnde Kompetenz und Fairneß“ deutscher Behörden bei der Realisierung von Direktinvestitionen in den neuen Ländern bekannt?

Klagen über angebliche „mangelnde Kompetenz“ oder „Fairneß“ deutscher Behörden wurden gegenüber der Bundesregierung vereinzelt – und in der Regel auf informellem Wege – von solchen Investoren vorgebracht, die im Wettbewerb um bestimmte Investitionsprojekte nicht zum Zuge gekommen waren.

15. Ist der Bundesregierung bekannt, daß internationale Wirtschaftsprüfer das Wirken der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben als „fundamentale Unsicherheit“ und damit als Anlageisiko bewerten?

Bei der Prüfung der Jahresabschlüsse von Unternehmen im Beteiligungsbesitz der ehemaligen Treuhandanstalt und der heutigen BvS sind in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von national als auch international arbeitenden Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

eingesetzt gewesen. Der BvS ist nicht bekannt, daß es dabei zu solchen Bewertungen gekommen ist.

Bekannt ist jedoch ein Einzelfall eines ausländischen Investors, der in sein Beteiligungsportfolio eine Reihe von Unternehmen aufgenommen hat, die ehemals zum Tätigkeitsbereich der Treuhandanstalt zählten. Ein Teil dieser Beteiligungen entwickelte sich nicht entsprechend der Erwartungen des Erwerbers. Dieser versucht nunmehr erfolglos, die BvS für seine unternehmerischen Mißerfolge verantwortlich zu machen. Der Wirtschaftsprüfer dieses ausländischen Investors dürfte mit der zitierten Bemerkung einen Hinweis auf den unsicheren Ausgang der laufenden Auseinandersetzungen bezweckt haben.

16. Sieht die Bundesregierung einen Imageschaden durch Auseinandersetzungen z. B. der Treuhandanstalt bzw. der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben mit ausländischen Investoren, und wie beurteilt sie diesen?

(Nach-)Verhandlungen zwischen Vertragspartnern über den Inhalt bzw. über die Auslegung von (abgeschlossenen) Verträgen sind im Bereich der Wirtschaft nichts Ungewöhnliches. Angesichts der Vielzahl der Privatisierungsverträge, die durch die Treuhandanstalt insbesondere in der Anfangsphase in kürzester Zeit abgeschlossen werden mußten, waren und sind solche Verhandlungen mit Investoren letztlich unvermeidbar. Sie dienen vorrangig der Behebung von Vertragsstörungen und der Erreichung der vereinbarten Privatisierungsziele.

Unterschiedliche Auffassungen zwischen der THA/BvS und den Investoren resultieren sehr häufig aus den bei Abschluß der Privatisierungsverträge bestehenden Unsicherheiten über den Zustand der Unternehmen sowie aus den unterschiedlichen Erwartungen, die die Treuhandanstalt einerseits sowie die Investoren andererseits gehegt hatten.

Die THA/BvS ist grundsätzlich bemüht, Meinungsverschiedenheiten mit Investoren im Wege von Nachverhandlungen möglichst einvernehmlich zu beenden. Dies setzt aber die Einigungsbereitschaft beider Seiten voraus, wobei in einigen Fällen gerichtliche Auseinandersetzungen nicht vermieden werden können. Die Frage, ob es sich hierbei um einen in- oder einen ausländischen Investor handelt, spielt dabei keine Rolle.

Anlage 1

Anzahl der Unternehmen in den fünf neuen Bundesländern (ohne Berlin-Ost) mit unmittelbarer und mittelbarer ausländischer Kapitalbeteiligung^{1) 2)}

(Stand Ende 1994; Mio DM)

Ländergruppe/Land	Anzahl
EG-Länder	240
darunter:	
Belgien	20
Frankreich	30
Irland	×
Italien	×
Luxemburg	6
Niederlande	113
Portugal	–
Spanien	×
Vereinigtes Königreich	×
Industrieländer außerhalb der EG	×
darunter:	
Australien	–
Japan	×
Kanada	8
Österreich	87
Schweden	34
Schweiz	88
USA	47
Reformländer	×
Entwicklungsländer	10
Insgesamt	529

× = Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht bekanntgegeben.

¹⁾ Ohne abhängige Holdinggesellschaften.

²⁾ Kenngrößen von Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung aus verschiedenen Ländern werden jedem Land voll zugerechnet. Die Addition der Angaben für einzelne Länder kann deshalb von der Summe für Ländergruppen abweichen. – Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Deutsche Bundesbank

Anlage 2

Deutsche Bundesbank
-S 130-

Frankfurt am Main, 18. JUNI 1996

Bilanz der Direktinvestitionsbeziehungen der fünf neuen Bundesländer zum Ausland nach Ländern und Ländergruppen				
Stand Ende 1994; Mio DM				
Ländergruppe / Land	Deutsche Direktinvestitionen im Ausland		Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland	
	unmittelbar	unmittelbar und mittelbar	unmittelbar	unmittelbar und mittelbar
Alle Länder	1 097	1 379	4 581	6 842
EG-Länder darunter:	728	922	2 978	3 101
Belgien	67	313	432	432
Frankreich	152	152	112	249
Irland	-	-	X	X
Italien	X	X	X	X
Luxemburg	-	-	37	88
Niederlande	X	X	1 246	1 919
Portugal	-	-	-	-
Spanien	1	1	X	X
Vereinigtes Königreich	224	270	X	X
Industrieländer außerhalb der EG darunter:	X	X	X	X
Australien	-	-	-	-
Japan	-	-	X	X
Kanada	X	X	29	87
Österreich	-	-	259	480
Schweden	X	X	199	396
Schweiz	X	X	238	278
USA	151	239	402	518
Reformländer darunter:	213	213	X	X
Ungarn	117	117	-	-
Entwicklungsländer darunter:	X	X	294	374
Brasilien	-	-	-	-
Mexiko	-	-	-	-
Südafrika	-	-	-	-
X = Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht bekanntgegeben. - Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.				

Anlage 3

Deutsche Bundesbank
-S 130-

Frankfurt am Main, 18. JUNI 1996

Unmittelbare sowie unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionen in Deutschland nach Wirtschaftszweigen für einzelne Bundesländer.
Hier: Fünf neue Bundesländer

Stand Ende 1994; Mio DM

Wirtschaftszweig des deutschen Investitionsobjektes	Unmittelbare ausländische Direktinvestitionen in Deutschland	Unmittelbare und mittelbare ausländische Direktinvestitionen in Deutschland
Alle Wirtschaftszweige	4 581	6 842
darunter:		
Bergbau 1)	X	X
Verarbeitendes Gewerbe	1 950	4 655
darunter:		
Chemische Industrie	325	444
Mineralölverarbeitung	X	X
Herstellung von Kunststoff- und Gummiwaren	145	156
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glasgewerbe	279	990
Eisen- und Stahlerzeugung 2)	154	229
Nichteisen-Metallerzeugung, -gießerei	X	X
Maschinenbau	324	368
Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen	X	X
Straßenfahrzeugbau	180	208
Elektrotechnik	X	X
Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren usw. 3)	67	68
Papier- und Pappeerzeugung	X	X
Ernährungsgewerbe	X	X
Handel	197	503
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	13	13
Kreditinstitute	-	-
Finanzierungsinstitutionen	-	-
Versicherungsunternehmen	X	X
Dienstleistungen	1 376	424
darunter:		
Beteiligungsgesellschaften	1 197	48

X = Aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht bekanntgegeben. -
1 Einschl. Mineralölgewinnung. - 2 Einschl. Stahlverformung, Oberflächenveredelung etc. - 3 Einschl. Herstellung von Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spiel- und Schmuckwaren.